

# Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint täglich, Nachmittags 2 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 1 Thlr. Preuss. Cour. in allen Provinzen der Preussischen Monarchie 1 Thlr. 8 Sgr. 9 Pf. Expedition: Krautmarkt N 1053.

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. S. G. Effenbart.

## No. 171. Sonnabend, den 2. September 1848.

Berlin, vom 2. September.

Der bisherige Ober-Landesgerichts-Assessor Klein ist zum Justiz-Kommissarius beim Land- und Stadtgerichte in Schönlanke und zugleich zum Notarius im Bezirke des königlichen Ober-Landesgerichts zu Bromberg, vom 1. Oktober d. J. ab, ernannt; und der Notar Custodis zu Aachen zum Notar für die Friedensgerichts-Bezirke Köln, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Köln, und der Notar von Franz zu Rheidt zum Notar für die Friedensgerichts-Bezirke Aachen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Aachen, vom 15. September d. J. ab, bestellt worden.

### Deutschland.

Berlin. (Sitzung der Nationalversammlung vom 31. August.) Es wird mit Verathung des Bürgerwehrgesetzes fortgefahren. §. 44 wird mit der durch das Behrends'sche Amendement erlittenen Modifikation, also in der Form: „Die Anführer der Bürgerwehr werden von allen Bürgerwehrmännern der Dienstwehrliste (§. 15) gewählt“ angenommen. Ebenso werden auch die §§. 45—48 ohne weitere Diskussion angenommen. Sie lauten: §. 45: „Ist die Bürgerwehrmannschaft in einer Gemeinde geringer, als eine Kompagnie, so wählen sämtliche Bürgerwehrmänner der Dienstwehrliste die Führer der Rotten, und wenn sie einen Zug bilden, auch den Zugführer und dessen Stellvertreter.“ In §. 43 des Regierungsentwurfs stand statt: „Bürgerwehrmänner der Dienstwehrliste“ „wirklich diensthühende Bürgerwehrmänner.“ §. 46. Besteht die Bürgerwehrmannschaft in einer Gemeinde aus einer oder mehreren Kompagnien, so wählt jede Kompagnie ihren Hauptmann und die übrigen Anführer. §. 47. Ist die Kompagnie aus der Bürgerwehrmannschaft zweier oder mehrerer Gemeinden zusammen gesetzt, so wird der Wahlact der gemeinschaftlichen Anführer in derjenigen Gemeinde vorgenommen, welche die stärkste Bürgerwehrmannschaft hat. §. 48. Die Wahl der Anführer geschieht mittelst gestempelter Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit unter Leitung des Gemeindevorstehers des Wahlorts, welcher aus den Mitgliedern der Bürgerwehr einen Protokollführer und die erforderlichen Stimmzähler zuzieht. Wenn die Majorität bei dem ersten Scrutinium nicht vorhanden ist, so werden diejenigen beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen haben, auf die nähere Wahl gebracht; bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos. In §. 46 des Regierungsentwurfs ist nur der erste Satz des angeführten §. 48 enthalten, auch sind in jenem nicht ausdrücklich gestempelte Stimmzettel vorgeschrieben und die Zahl der Stimmzähler darin auf 2 bis 3 festgesetzt. §§. 49—51 werden zusammen zur Diskussion gestellt. Sie lauten: §. 49. Ueber Beschwerden gegen die Gültigkeit der Wahlen entscheidet, vorbehaltlich der Berufung an die Kreisvertretung, die Gemeindevertretung des Wahlorts. Sowohl für die Beschwerden über die Gültigkeit der Wahlen, als auch für die Berufung an die Kreisvertretung findet eine präklusivische Frist von 10 Tagen statt. An der Entscheidung nehmen diejenigen nicht Theil, welche bei der angegriffenen Wahl als Gemeindevorsteher, Protokollführer oder Stimmzähler Theil genommen haben. §. 50. Der Major des Bataillons wird von den Hauptleuten, Zugführern und Führern der Rotten der betreffenden Kompagnien nach absoluter Stimmenmehrheit gewählt. §. 51. Der Oberst wird von dem Könige aus einer Liste von drei Kandidaten ernannt, welche von den Anführern der betreffenden Bataillone bis abwärts zu den Rottenführern, diese mit eingeschlossen, gewählt werden. — Kehl und Matthäi haben zu diesen §§. Amendements eingebracht, durch welche das Verfahren bei der Wahl der Majors und Obersten festgesetzt werden soll. Kuntz stellt ein Amendement, wonach §. 51 mit Rücksicht auf die bei §. 44 statt gehabte Abstimmung dahin geändert werden soll: „Der Oberst wird vom Könige aus einer Liste von drei Kandidaten, welche in Gemäßheit des §. 44 gewählt werden, ernannt.“ — Matthäi bemerkt, §. 49 müsse nun Zusätze erhalten über die Entscheidung solcher Beschwerden, die auf die Wahl des Majors und Obersten sich beziehen, und da erscheine es zweckmäßig, dies der Kreisvertretung zu überlassen. Das Amendement Kuntz's aber verstoße gegen den bei §. 44 gefaßten Beschluß, indem statt des dort anerkannten Rechts der freien Wahl nur die Berechtigung zum Vorschlage treten soll. — Nach längerer Debatte erfolgt namentliche Abstimmung über das Kuntz'sche Amendement. Mit Ja stimmten 225, mit Nein 136. Unter den Ersteren waren die Minister: von Auerswald, Gierke, Hansemann, Milde; die Abgeordneten: Bauer (Geh. Rev. - Rath), Dunder, Jonas (Geh. Rev. - Rath), Sydow, v. Auerswald, Bauer (Landrath), Bauerband, Baumstark, v. Brunnek, v. Daniels, Frehdorf, Gexler, Grabow, Harfort, Haraschowitz, Jonas (Pastor), Rioldassa, Kühnemann, v. Kipper, v. Voë, v. Wislitzki, Moritz, Niemeyer, Parrissius, Pieper, v. Plönies, Reichensperger, Riedel (Geh. Archiv-Rath), Rintelen, v. Schön, Steinbeck, Stupp, Tamnan, Ulich, Wachsmuth, Zacharia. — Unter den mit Nein Stimmen-

den befanden sich: Behrends, Jung, Jacoby, Waldeck, Behnsch, v. Berg, Blöm, Brill, Dierschke, Elsner, Nees v. Esenbeck, D'Estier, Gladbach, Gräff, Krackrügge, Par, Philipps, v. Potrywnicki, Reichenbach, Robbertus, Schornbaum, Dr. Schramm, Schulze (D.-L.-G.-Assessor), Schulze (Justiz-Kommissar), Stein, Szumann, Schramm (Referend.), Temme, Weichsel. Unter den Fehlenden waren: Bornemann, Zacharias, Euler, v. Geißel, Krosch, v. Meusebach. — Der Abg. Matthäi bringt ein Amendement ein, um es an die Stelle des §. 50 zu setzen. Es lautet: „Zur Wahl des Majors treten die zu einem Bataillon gehörigen Kompagnien einzeln zusammen. Die auf diese Weise eingesammelten Stimmzettel werden in eine gemeinschaftliche Urne gelegt, aus welcher das Resultat der Wahl festgesetzt wird. Ist keine Majorität vorhanden, so findet die Schlußbestimmung des §. 48 Anwendung.“ Der Abg. Kehl zieht ein von ihm eingebrachtes Amendement zurück. Das Amendement des Abg. Matthäi wird angenommen ohne erhebliche Diskussion. Der Abg. Matthäi stellt folgendes Amendement, zur Einschubung hinter den §. 51: „In gleicher Weise, wie in §. 50 angegeben, werden die drei Kandidaten für die Oberstenstelle von sämtlichen Kompagnien der Bataillone gewählt.“ Angenommen. Hierauf wird zu §. 49 zurückgegangen. Der Abg. Matthäi beantragt folgende Veränderung des §.: Ueber Beschwerden gegen die Gültigkeit der Wahlen entscheidet, bis zum Hauptmann einschließlich, vorbehaltlich der Berufung an die Kreisvertretung, die Gemeindevertretung des Wahlorts. Ueber Beschwerden gegen die Gültigkeit der Wahlen des Majors und der drei Kandidaten zur Oberstenstelle entscheidet die Vertretung des Kreises, in welchem der Wahlort liegt, vorbehaltlich der Berufung an die Bezirksvertretung. An der Entscheidung nehmen diejenigen nicht Theil, welche ic. ic. — Der Vorschlag wird nach einer kurzen Motivirung angenommen. Hierauf geht die Versammlung zur Beschlusnahme über §. 52 über: Er lautet: „Die Adjutanten werden von dem betreffenden Befehlshaber aus der Zahl der Zugführer, der Bataillonschreiber aus der Zahl der Führer der Rotten, der Bataillons-Tambour aus der Zahl der Trommler ernannt. Der Feldwebel und der Wachtmeister werden vom Hauptmann oder Rittmeister aus der Zahl der Rottenführer erwählt. Der Schreiber wird aus drei vom Hauptmanne oder Rittmeister vorzuschlagenden Kandidaten, und der Rottenmeister wie die übrigen Anführer von der Mannschaft gewählt.“ — Der §. 52. wird bis auf Streichung folgender Worte in der letzten Zeile „wie die übrigen Anführer von der Mannschaft“ angenommen. Zum §. 53, welcher lautet: Die Wahlen und Ernennungen der Anführer geschehen auf drei Jahre, zum ersten Male auf 1 Jahr. Jeder ist zur Annahme der auf ihn gefallenen Wahl für die Dauer einer Wahlperiode verpflichtet. Die nämliche Person kann wieder gewählt oder ernannt werden. Jedoch kann sie die Wahl für die nächste Wahlperiode ablehnen“ stellt der Abg. Weichsel ein Amendement, welches lautet: „Die Wahlen und Ernennungen der Anführer geschehen auf Ein Jahr.“ Der Abg. Riedel erklärt sich gegen das Amendement, denn man müsse der Bürgerwehr eine gewisse Stabilität wünschen, welche unvereinbar sei, mit einem so schnellen Wechsel der Stellungen. Das Amendement wird verworfen und der §. angenommen. Die Annahme des §. 54. lautet: „Im Falle der Erledigung einer Stelle findet eine Ersatzwahl für die Dauer der noch übrigen Dienstzeit des Abgangenen statt.“ wird ohne Diskussion angenommen. Schluß der Sitzung 1 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag den 1sten September Vormittags 9 Uhr. Tagesordnung: Bericht der Centralabtheilung wegen Unterfützung der verarmten Krieger aus den Feldzügen 1813—15, die Frage wegen Erhöhung der Steuer auf Rübenzucker und Branntwein.

Berlin, 29. August. Die Nationalversammlung verhandelte in ihrer heutigen Sitzung zuerst eine Angelegenheit ihres Lokals, das sie nicht länger in der Singakademie zu behaupten gedenkt, da diese Räume theils für den Winter nicht günstig zu benutzen sind, theils die von der Vorsteher-schaft des Instituts geforderte Miethe von 1000 Thlr. für jeden Monat doch am Ende beträchtlich in die Wagschale fällt. Es wird daher beschlossen, den vom Staatsministerium gemachten Vorschlag, die Sitzungen in den Konzertsaal des Schauspielhauses zu verlegen, anzunehmen und den Umzug zu bewerkstelligen, sobald die dazu nöthigen Einrichtungen getroffen sind. (D. A. 3tg.) — Als zuverlässig wird uns mitgetheilt, daß man unter folgenden Bedingungen den Waffenstillstand in Malmo vereinbart habe. 1) Die Schlesw.-Holst. provis. Regierung tritt innerhalb 14 Tage nach erfolgter Ratifikation von Seiten Preußens von ihrem Amte ab; zu Mitgliedern der neuen provisorischen Regierung werden vom Reichsverweser dem Könige von Dänemark als Herzog von Schleswig-Holstein eine Anzahl Männer aus den Herzogthümern in Vorschlag gebracht und steht dem Landesherren die Auswahl aus diesen zu. 2) Die seitherigen Verwaltungs-Acte der Schleswig-Holsteinischen provisorischen Regierung werden vom Herzoge

anerkannt. 3) Die Schleswig-Holsteinischen Truppen, in so großer Anzahl, als die Regierung für gut befindet, und 1400 Mann Preußen bleiben im Lande unter den Waffen, doch ist unter jenen den Schleswigern ein etwa verlängerter Urlaub zugesprochen. 4) Alle Geld-Entschädigungen fallen weg, mit Ausnahme der von Deutschland an Dänemark zu vergütenden Kosten der Dislocirung der Schwedischen Truppen. Dagegen werden alle genommenen Deutschen Schiffe mit Ladungen freigegeben.

(H. W. G. N.)

— Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die hiesige demokratische Partei für den Augenblick ihre Pläne hier verschoben habe, und daß man vielmehr in Gemeinsamkeit auf den Losbruch in Wien hinarbeitet, und die Rückschläge der dortigen Ereignisse auch hier auszubenten suchen wird. Es sind von hier mehrere hervorragende Personen der demokratischen Partei dorthin abgegangen, unter ihnen auch Fröbel, der sich hier der Organisation dieser Partei vornehmlich gewidmet hatte. Man glaubt von Dowitz, gegen den in Folge seiner Theilnahme bei den letzten hiesigen Unruhen ein Verhaftungsbefehl erlassen war, dessen Vollstreckung er sich durch die Flucht entzogen hat, daß er die Richtung nach der österreichischen Hauptstadt genommen hat. — Es wird mit Zuverlässigkeit erzählt, daß der König sich bestimmt weigere, den von der Nationalversammlung angenommenen Gesetzesentwurf wegen Abschaffung der Todesstrafe, zu sanctioniren, und fügt hinzu, er habe unter Anderem als Grund auf ein vor Kurzem in Neustadt-Eberswalde vorgekommenes Ereigniß hingewiesen, wo die Bauern einen Mörder deshalb sogleich tödteten, weil derselbe nun ja doch nicht mehr hingerichtet werden könne. Es würde dies der erste Fall sein, wo der König von seinem Veto der Kammer gegenüber Gebrauch machen würde, und es müßte der Justizminister dann nothwendig aus seinem Amte scheiden, da er ja vor Allem sich mit Wärme für die gänzliche Abschaffung der Todesstrafe in der Nationalversammlung aussprach, und dadurch besonders zur Annahme des Gesetzes beitrug. (Nach. Ztg.)

**Aus der oberheinischen Kirchenprovinz, im August.** Aus ganz sicherer Quelle vernimmt man wiederum den Rücktritt eines katholischen Geistlichen in den Laienstand, und zwar des Direktors F. an der Mittelschule zu D., und zugleich auch, daß in kurzer Zeit alle diejenigen katholischen Geistlichen, welche im Lehrfach ihr Fortkommen zu finden wissen, ebenfalls aus dem Priesterstande treten werden. Daß dieses Ereigniß auf die katholische Geistlichkeit in der Pastorat, zumal bei ihrer äußerst gereizten Stimmung gegenüber der Kirchenobrigkeit in F., nicht ohne tiefen Eindruck bleiben wird, darf nicht erst versichert werden. Nach allen Wahrscheinungen vermögen etwa kommende Synoden den nahen Bruch nicht mehr zu verhüten. Die Vorbereitungen hierzu scheinen in den Lokalblättern schon gemacht werden zu wollen, und so weit bis jetzt an den Tag gekommen ist, bleibt das katholische Prinzip unangefochten und auch alle Institutionen und Gebräuche der katholischen Kirche werden aufrecht erhalten. Nur einzig die Ehrenbeichte soll dem freien Willen überlassen und im Gottesdienst die deutsche Sprache gebraucht werden. Auch die Feiertage in der größten Arbeitszeit des Sommers erleiden eine Abänderung, indem sie verlegt werden. Dagegen, und dies ist die Hauptsache, erhält die neue katholische Kirche ihren Bischof in Frankfurt und mit der Auflage, jedes Jahr Synoden, nach der Wahl aus Priestern und Laien zusammenzusetzen, zu halten. In seinen dienstlichen Berrichtungen und bei seinem sonstigen Erscheinen soll der heidnische Pomp vermieden werden, welcher sich mit der Demuth eines Nachfolgers Christi nicht verträgt. Man darf diese Reform mit Rückblick auf die verhassten Vorgänge in der Kirche der jüngsten Zeit in den Lokalblättern nicht zwei Mal empfehlen, und Priester und Volk werden sich freudig zur Annahme verbinden und jede zerstörende Erschütterung selbst bis zu den Betschwefelern hinab unmöglich machen. (Dberh. Z.)

**München, 27. August.** Der Landbote berichtet, der König habe den Entschluß gefaßt, eine Verminderung des Hofstaates einzutreten zu lassen. Demselben Blatte zufolge soll in München eine ständige Hauptwache für die Landwehr und Freicorps errichtet werden. Wie wir hören, ist bei den Cavalieregimentern die Errichtung der siebenten Schwadron angeordnet. Man spricht auch von Aufstellungen der vierten Bataillone bei den Infanterieregimentern. Das Heer, jetzt schon gegen 70,000 M. zählend, würde bei voller Einhaltung von zwei Procent von der Bevölkerung auf 90,000 M. kommen. (V. Bl.)

**Frankfurt, 28. August.** Im Parteiwesen der Reichsversammlung geht jetzt ein großer Umschwung vor. Vor Allem sehen sich die Ultramontanen und Pietisten in den Früchten ihres Zusammenhaltens mit der Rechten und dem rechten Centrum getäuscht, welche trotz ihrer bisherigen Hingebung doch in der Kirchen- und Schulfrage nicht mit ihnen stimmen. Ob nun jene Getäuschten auch hier wie in der Berliner Nationalversammlung das Bündniß der Linken suchen werden, steht noch dahin. Inzwischen halten sie besondere Beratungen über ihre künftige Stellung und scheinen wenigstens eine geforderte einnehmen zu wollen. Der kirchlichen und religiösen Frage gegenüber erklärt sich übrigens das sonst auffallend scheinende Zusammengehen der Ultramontanen mit der Linken leicht und die leitenden Beweggründe beider bleiben darum nicht weniger verschieden. Will nämlich die Linke aus Princip die Freiheit auch für Kirche und Schule, so wollen die Ultramontanen sie nur für sich und ihre bekannte Zwecke, denen sie, gedeckt gegen Einmischung des Staats, ungestörter nachgehen zu können hoffen. Auf diese Weise ist aus der im feineren Hause sich zusammenfindenden Rechten und aus dem rechten Centrum, welches im Hirschgraben zusammenkommt, eine besondere Fraction im Casino entstanden, über deren dauernde Abzweigung aber erst die zu Ende der Woche erfolgenden Abstimmungen über die obigen Fragen entscheiden werden. (D. N. 3.)

**Frankfurt, 30. August.** Die Erklärung der königl. hannoverschen Regierung vom 7. Juli 1848 hat den Beschluß der Nationalversammlung vom 14. Juli 1848 veranlaßt, wonach die provisorische Centralgewalt ihre unumwundene Anerkennung, und jene des Gesetzes vom 28. Juni 1848, von Seite der hannoverschen Regierung zu erwirken hatte. — Diese Regierung hat nun in, an den Reichsverweser selbst, und an die provisorische Centralgewalt gerichteten Zuschriften die gewünschte Anerkennung ausgedrückt und in der Person des Abgeordneten der Nationalversammlung v. Voithner ihren Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ernannt, der auf Grundlage seiner unter Gegenzeichnung eines Ministers ausgestellten Vollmacht in einer am 21. August 1848 an das Reichsministerium eingewendeten Erklärung, Namens seiner Regierung, die provisorische Centralgewalt und das sie begründende

Gesetz förmlich und unumwunden anerkannt hat. Durch diese erkundlichen Erklärungen ist dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 14. Juli 1848 vollständig entsprochen.

— Auch das „Mannheimer Journal“ erfährt aus sicherer Quelle, daß das russische Kabinett eine sehr bestimmt und energisch abgefaßte Erklärung gegen eine bewaffnete Intervention Frankreichs in Italien an sämtliche Großmächte abgegeben. Es soll darin unter Anderem auch darauf hingedeutet worden sein, daß Rußland in diesem Falle bereit sein würde, die Ansprüche Oesterreichs mit den Waffen in der Hand zu vertreten. Diese Erklärung soll sowohl in Paris als in London einen bedeutenden Eindruck hervorgebracht haben. Gegenwärtig sei die russische Diplomatie eifrig bemüht, sich ihren Antheil an den Friedensunterhandlungen zu sichern.

**Altona, 30. August.** Heute ist hier die Ordre an Hrn. Oberstlieut. Fabricius gelangt, sich morgen nach Stade zu begeben, um die dänischen Gefangenen, 750 an der Zahl, hierher abzuholen. Dieselben werden hier von dem Schleswig-Holsteinischen Kapitän Friedrichsen und einigen Anderen in Empfang genommen und sammt den hier befindlichen Gefangenen am 2. Septbr. nach Kiel befördert werden, um dort gegen die an jenem Tage von Kopenhagen daselbst anlangenden deutschen Gefangenen ausgewechselt zu werden. Diese Auswechslung wird sogar in dem Falle, daß bis dahin der Waffenstillstand wider Vermuthen nicht ratifizirt werden sollte, statt finden. — Für die Gewißheit der Ratifikation spricht jedoch Folgendes: General v. Bonin, von dem Sohne (und Adjutanten) des General Wrangel begleitet, ist bereits hier durchgekommen. Vom 1. Septbr. an rücken täglich 4000 Mann deutscher Truppen aus dem Schleswigischen ins Holsteinische zurück. Die Preußen (wahrscheinlich mit Ausnahme von 1500 bis 2000 Mann) sowie sämtliche zum 10. Armeekorps gehörige Bundeskontingente kehren sofort in ihre früheren Garnisonsörter in Norddeutschland zurück; dagegen bleiben die süddeutschen Truppen fürs Erste in und bei Hamburg liegen. (B.-H.)

**Flensburg, 30. August.** Es werden gegenwärtig von den bei Kopenhagen liegenden größeren Handelsschiffen mehrere dazu bestimmt, von Dampfmaschinen bugirt, nach Fühnen zu gehen, dort schwedische Truppen einzunehmen und solche wieder ihrer Heimath zuzuführen. Sieben hiesige Westindien- und vier Grönlandfahrer sind bereits diesen Sommer zu Kopenhagen gelockt worden und haben die Eigner der resp. Ladungen solche dort verkauft oder aufgelegt; die Schiffe müssen einstweilen daselbst liegen bleiben. — Schleswig-Holsteinische, so wie auch dänische Matrosen, die in Kopenhagen angehalten und für die Kriegsmarine ausersehen werden, bekommen ohne Weiteres (weber freies Logis noch Brod) nur 1 Reichsbankthlr. wöchentlich; im Dienste auf einem Kriegsschiff 8 Rthlr. monatlich, bei freier Station. Die letzte Fregatte zu Kopenhagen soll jetzt ausgerüstet werden, es fehlt aber sehr an Mannschaft dazu; an Ausrüstung eines Linien Schiffes ist gar nicht zu denken. So fehlt es auch dorten an vielem Nothwendigen, an Kleidern und Schuhen zu den Rekruten, und sieht man diese in Holzschuhen exerciren. — Das Frankfurter Kontingent ist heute, aus dem Sundewittschen kommend, hier wieder her verlegt; die Goslarer Jäger werden dagegen morgen weiter südlich gehen und lebt man hier in großer Furcht vor dem Waffenstillstand. (B.-H.)

## Oesterreich.

**Wien, 28. August.** Die Ruhe ist vollkommen hergestellt und es scheint nicht, als ob die Vorfälle vom 23. August bedenkliche Nachwehen hinterlassen hätten; das Vertrauen stellt sich an der Börse wieder her, und die Daten, welche bei Gelegenheit des kaiserlichen Antrags von ministerieller Seite ertheilt wurden, sind ganz geeignet, einen festen Credit wieder herzustellen.

**Von der Ungarischen Grenze, 24. August.** Seitdem man sich in Ungarn die Ueberzeugung verschafft hat, daß selbst Räuber und Woddbrenner, wie man hier die argbaufenden Raizen und Serben nennt, nicht so leicht durch unregelmäßige Haufen von freiwilligen und zusammengerafften Nationalgarden abgethan werden können, fängt man sogar an einzusehen, wie jenes dem König abgedrungene Manifest zur Absetzung des Banus, falls dieser Gehorsam geleistet, gerade für Ungarn die allernachtheiligsten Folgen gehabt hätte. Ziel damals der Banus, so würde sich die Erbitterung Kroatiens gegen die Magyaren zur Wuth gesteigert haben, sämtliche Südslaven hätten gemeinsame Sache gemacht und das Ministerium wäre vielleicht genöthigt gewesen, von Pesth nach Presburg, oder gar mit allen Akten und Protokollen wieder nach Wien zu wandern. Allein der Banus fügte sich glücklicherweise nicht dem Königl. Befehl, schon weil es kein kaiserlicher war, und sein gemalter Kopf, sein biederer Herz, sein energischer Wille wirkten fort in einem Lande, das ihn anbetet und in seiner Person die Garantie seiner nationalen Interessen sieht. Weder das abgedrungene Manifest, noch die Hölle und Teufel spielenden Reden der Deputirtenkammer, noch die liebenswürdigen Kagenmusiken der geistreichen Deutsch-Ungarischen Journalistik konnten den „getreuen Verräther“ bewegen, seinen Kaiser zu verrathen, indem er dem Könige gehorchte. Aber wie konnte er allein gegen solche unwiderstehliche Mauerbrecher bestehen, während seit den glorreichen Märztagen so manche Kraft und so manches Talent oft nur durch ein led ausgeschrieenes Wort niedergebrennt wurde? Weil der Banus mit Willen und That fest im innersten Herzen seines Vaterlandes wurzelt, weil er mit dem ganzen Volk Ein Herz und Eine Seele ist, weil die Nation mit Vertrauen auf ihn blickt und sie sein Genus stets neu zu begeistern weiß; weil er, unbekümmert um momentanen Beifall oder Tadel der Menge, seinem großen Ziele zusteuert und einer der Wenigen ist, die heutzutage auf ihrem Posten sterben können. Wie sich der kroatisch-ungarisch-sorbische Knoten entwickeln wird, ist schwer zu sagen. Jellachich soll eine Brücke über die Drau schlagen und da Truppen zusammenziehen. Vorerst macht der Krieg mit den Raizen und Serben Ungarn genug zu schaffen. Dieses wilde Volk sengt und brennt für den Kaiser und nennt die von Oesterreich getrennten Magyaren Empörer. In seinem Lager herrscht eine unglaubliche Thätigkeit, da wird den Tag über exercirt und sogar des Nachts an den Schanzen gebaut. Von Allem, was bei den Ungarn vorgeht, haben sie stets die schnellste Kunde, während jene sich keine genaue Nachricht über Stärke und Pläne des Feindes verschaffen können. Sie scheinen viel Artillerie und Leute zu haben, die mit dem Geschütz umzugehen wissen, denn sie thun den Freiwilligen und Nationalgarden beträchtlichen Schaden. Sobald reguläres Militär gegen sie rückt, schießen sie nicht, sondern ziehen sich in ihre trefflichen Berrichtungen zu-

rück, die ohne längere und regelmäßige Belagerung gar nicht zu nehmen sind. Bei den Magyaren hingegen kämpfen die Freiwilligen zwar tapfer, sind aber ohne alle Disciplin, die Massen von Nationalgardien dazu ohne militärische Abrihtung und gänzlich unbeweglich. Durch das Meer von Maisfeldern, in denen sich ein Mann zu Pferde verbergen kann, schleicht der Feind herbei und überfällt und nimmt die wichtigsten Posten. Oft erscheint eine Schaar aus 40—50 Wagen, fällt wie der Blitz in das Ungarische Lager, schleppt Beute und Gefangene mit sich und ist lange verschwunden, ehe die aufgeschreckte Uebermacht Repressalien nehmen kann. Die Ungarischen Blätter sprechen freilich von Niederlagen, die der Feind erlitten, von Schlachten, in denen dieser das Hundertsache verlor; Besserunterrichtete schütteln aber zu derlei Bulletins den Kopf und sehen eine düstere Zukunft voraus. Dazu fängt die Lage des Pesther Ministeriums an überhaupt sehr kritisch zu werden, die Opposition wächst, Zellschlich droht deutlicher, und aus Galizien wehen böse Elemente über die Karpathen. Wenn die Ungarn all Das bedenken, mag ihnen schauerlich zu Mäthe werden. Sie glaubten mit Deutschland liebäugeln zu können, wenn sie sich ordentlich feindlich gegen Oesterreich stellten. Geht es mit den „Schwaben“ nicht, so wird sich an Frankreich geschlossen oder an den Teufel, wenn es sein muß, wie Kossuth sagt. In Mailand werden wir wohl ein Wörtchen mehr über die Ungarischen Sympathien für Oesterreich erfahren, bald aber wird die Zeit Recht sprechen über die Politik der Magyaren.

(D. N. 3.)

**Verona, 21. August.** Feldmarschall-Lieutenant Baron Haynau, bis jetzt hiesiger Festungs-Kommandant, hielt gestern Abend Heerschau über neun Bataillone von Feldjägern, Steyerischen Freiwilligen, Gränzern, Ungarn, Deutschen und Italienern, eine Division Dragoner und zwei Batterien Feldgeschütz in Gegenwart einer ungemeynen Volksmenge und geht heute oder morgen als Kommandant des dritten Armeekorps nach Brescia ab. In den Gebirgen, Pügeln und Ebenen der Provinzen Brescia und Como streifen noch immer 4000 Freischärler hin und her, darunter etwa 400 Polen unter Anführung eines Polen und mit einigen Kanonen versehen. Dieser Anführer mit seinen Landsleuten soll aus Frankreich gekommen sein. Sechs Bataillone kaiserliche sind schon bestimmt, ihn aufzufinden und zu verfolgen. Er kämpft in zerstreuten Rotten, die jedoch in der ganzen Bewegung Einigkeit haben, lebt auf Unkosten der Dörfer und Drie, wo er hinkommt, und hält sich an den Schweizerischen Grenzen, die er in dem schlimmsten Falle eines Ueberfalls oder einer tüchtigen Niederlage betreten wird.

**Mailand, 21. August.** Der Gazzetta di Milano zufolge, machte der piemontesische General Garibaldi nach der Uebergabe Mailands und dem Abschluß des Waffenstillstandes, den er nicht anerkannte, mit ungefähr 2000 Mann eines militärischen Streifzug im Lombardischen, wobei er in einer Proclamation alle möglichen Injurien gegen Karl Albert, seinen König, häufte. Zudem er sich hierbei immer den Weg zu einem klugen Rückzug offen hielt, machte er Requisitionen an Lebensmitteln und Pferden, trieb Kontributionen in Geld ein, wobei er die Vermöglichen festnehmen ließ und im Falle der Weigerung sie mit sich wegzuführen drohte, und beraubte, um die italienische Sache zu ehren die Gemeindefassen, wo sich solche fanden, in den noch nicht wieder besetzten Gebietsheilen. Allein in Varese belief die gewaltsam beigeitene Summe sich auf 80,000 Lire. Als er endlich am 20. durch seine Spione erfuhr, daß ein Korps von ungefähr 1500 Oesterreichern mit 6 Kanonen ihm auf den Leib rückte, hielt er es fürs Klügste, „um das Land nicht weiter zu heunruhigen,“ den Weg einzuschlagen, der ihn in Sicherheit brachte, indem er sich, die freiwilligen Beiträge der Einwohner mit sich nehmend, nach Magadino (Kanton Tessin) zurückgezogen.

**Triest, 23. August.** In Venedig wird die Lage täglich trostloser. Welche Mühe sich die Gazzetta die Venezia auch giebt, die traurigen Zustände zu überfriffen, das Volk läßt sich nicht länger mit Deklamationen und leeren Versprechungen hinhalten und wird täglich ungestümer in seinen Forderungen. Moralisch ist Venedig für die Oesterreicher bereits erobert, und die erste Kanonentugel, die auf die Paläste von St. Marco fällt, wird die Stadt zur freiwilligen Uebergabe bewegen. Die neapolitanischen und römischen Offiziere machen förmlich Opposition gegen die Regierung. Ihnen schließt sich der Adel und der Besitzstand an, denn alles Silber und Gold, alle Schmuckfachen und irgend werthvolle Gegenstände werden denen gewaltsam genommen, die sie nicht freiwillig opfern wollen. Die Mehrzahl der Einwohner würde sich gern alle Opfer gefallen lassen, wenn etwas Anderes dadurch zu erzielen wäre, als ein kurzer Ausschub des unvermeidlichen Einzugs der Oesterreicher. Manin schwebt zwischen Tod und Leben; er ist zum Tyrannen geworden, theils um sich seiner eigenen Haut zu wehren, theils um durch Gewalt zu erzwingen, was er auf gewöhnlichem Wege nicht erringen kann. Die militärische Besatzung der Stadt wird auf 10,000 Mann angeschlagen.

(A. 3.)

## Schweiz.

**Chur, 23. August.** Hier langen noch immer Abtheilungen der Lombarden an, die sich auf Bündner Gebiet geflüchtet haben; so von der Freischaar des Obersten Cavagnolo und der Division Comazzi, deren jede 15—1800 Mann zählte. Heute erwartet man von der Division des Generals Griffini 1000 Mann dahier, andere 1000 sind von der gleichen Division über den Schyn befördert worden. Bei Tirano stehen noch 12—15000 Mann versammelt, welche gegen 40 Kanonen mit sich führen sollen, die ebenfalls in Engadin und Puschlav erwartet werden. Eben kommt die Artillerie und das Gepäck erwähnter Division hier an. Es sind durchaus schöne Leute, gut beritten; die Kanonen aber mußten sie in Sambrden (Engadin) abgeben. Eine bei dieser Division befindliche Kompagnie schweizerischer freiwilliger Scharfschützen blieb an der Grenze zur Bewachung derselben mit den anderen bündnerischen Kompagnien zurück. Gegenwärtig mögen sich ungefähr 8000 Mann auf Bündner Gebiet geflüchtet haben; etwa 120 Offiziere aller Grade, denen man ihre Säbel zu tragen erlaubt hatte, befinden sich hier; viele derselben sind mit Orden decorirt.

(Schwäb. Merk.)

## Frankreich.

**Paris, 28. August.** Als gestern die Journalisten ihre Verwahrung gegen die Suspension mehrerer Blätter dem General Cavaignac überreichten, erhielt er gerade die Depesche aus dem Ministerium des Innern, die ihm meldete, man habe die Herren Louis Blanc und Caussidiere vergebens gesucht. Der General theilte diese Depesche den Journalisten mit den Worten mit: „Die Herren Louis Blanc und Caussidiere leisten uns

einen großen Dienst; ihre Flucht überhebt uns einer Schwierigkeit mehr.“ — Waren übrigens die Journalisten mit dem Bescheide auf ihre Verwahrung wenig zufrieden, so waren sie es um so mehr mit der sehr freundlichen Aufnahmen und der Aufrichtigkeit und Geradheit, womit ihnen der Chef der ausübenden Gewalt erklärte, er habe gethan, was seines Rechts (?) und seiner Pflicht gewesen, und freue sich, daß auch die Journalisten ihr Recht geübt und ihre Pflicht gethan.

— Das „Journal des Debats“ kündigt mit Bestimmtheit an, daß der vor zwei Tagen hier angelangte Adjutant Karl Albert's, Graf Marmora, bei unserer Regierung die Ermächtigung für Marshall Bugeaud nachsuchen solle, den Oberbefehl der piemontesischen Armee zu übernehmen.

**Paris, 29. August.** Man versichert, daß das Gouvernement, welches drei Wochen lang vergebens auf Nachrichten von Wien gewartet, ob Oesterreich die Englisch-Französische Vermittlung annehme, in Folge eines Kabinettsratthes einen Kurier nach Wien abgesandt, um dem Oesterreichischen Gouvernement zu notifiziren, daß, würde in einer bestimmten kurzen Frist Frankreichs Vermittlung nicht angenommen, so würde das Alpenheer die Gränze überschreiten und Bestand leisten, auf daß das Piemontesische Heer nach Ablauf des Waffenstillstandes wieder die Feindseligkeiten beginne. Das Gouvernement soll sich auf Alles gefaßt machen, und es heißt sogar, es werde ein Beobachtungsheer an der Ostgrenze aufstellen. Diese Nachricht ist gewiß und wird auch von der Presse bestätigt, welche hinzusetzt, daß ein Beobachtungsheer am Rheine zusammengezogen werden würde. Auf das Gesuch des Königs von Sardinien, daß man Marshall Bugeaud autorisiren solle, den Oberbefehl seines Heeres zu übernehmen, soll das Französische Gouvernement geantwortet haben, daß es zunächst Oesterreichs Antwort auf das Vermittlungsangebot abwarten müsse. Uebrigens versichert die Presse, das Französische Gouvernement habe das Interventionsgesuch der Venetianischen Republik ausgeschlagen. — Ein Blatt erzählt, General Cavaignac hätte zum Schutz für seine Person dieselben Polizeientagen angenommen, welche Louis-Philippe so oft er ausging zu bewachen hatten. — Cavaignac soll in seiner Unterredung mit den Journalisten erklärt haben, er habe das Auge eben so offen für die Reaktion, wie für die Anarchie; er kenne Legionen der Nationalgarde, in denen man intriguire und er würde den Folgen vorzubeugen wissen. Zu Vincennes stehen 100 Feldgeschütze jeden Augenblick zum Anspannen bereit. Auf allen Hauptpunkten der Stadt sind Geschütze aufgeföhren. Auf dem Mont Valerien und mehreren andern Forts stehen die Kanonen auf den Wallen.

— Viele Pariser Arbeiter ziehen nach Rußland, besonders solche, die in Lurusgegenständen arbeiten. — Man spricht davon, daß nach Proklamirung der Constitution eine Generalamnestie erlassen werde. — Herr Montalivet befindet sich hier, um im Auftrag Ludwig-Philipp's die Zurückerrstattung seiner Einkünfte zu erlangen. Wie man versichert, wäre das Gouvernement geneigt, ihm ein hinreichendes Einkommen zu gewähren, jedoch es so zu beschränken, daß es zur Unterhaltung eines Bürgerkriegs nicht ausreichen würde. — Die Familie Mortemart hat eben einen schrecklichen Trauerfall zu beklagen. Auf der Entenjagd wurde der Prinz von Beauvau von seinem Schwager unglücklicherweise erschossen. — Voltaire's Landgut Ferney steht zu verkaufen, und wird zu 200,000 Frs. ausgekelt.

— Die Aufregung zu Lille ist ohne Losbruch vorübergegangen. Zwar versammelten sich dicke Arbeiterhaufen an mehreren Orten und erhoben gewaltiges Geschrei; sie wurden jedoch durch die aufgebotene bedeutende Militärmacht völlig eingeschüchtert. Um 9 Uhr Abends hatten sich alle Gruppen zerstreut, und bald entließ man die Truppen und die Nationalgarde. Zahlreiche Verhaftungen fanden statt. Die Vertheilung von Unterfrüngen an die Arbeiter, welche in Folge der Auflösung der Gemeindefeststätten am Freitag geschah, trug viel dazu bei, die Arbeiter von Excessen abzuhalten.

— Der Divisions-General zu Metz hat nach dem Courier de la Moselle Befehl erhalten, sofort 8 Compagnien sämtlicher Infanterie-Regimenter, deren Truppenzahl unverzüglich vermehrt werden soll, auf vollständigen Kriegsfuß zu setzen. Die 60,000 Mann der Alpen-Armee stehen jetzt in ihren Kantonnirungen beisammen und sind bereit, auf den ersten Wink die Grenze zu überschreiten; fast alle Infanterie-Regimenter sind erst kürzlich aus Algerien heimgekehrt.

— Aus Portugal sind Nachrichten eingegangen, denen zufolge in den Kreisen von Lissabon erzählt wurde, Lord Palmerston werde, dem Ansinnen der Königin Donna Maria entsprechend, einige Schiffe nach dem Tajo absenden, um die Krone vor den Unterthanen zu schützen. Sogleich nach der Vertagung des Parlaments sollten die „Caledonia“ und einige andere Schiffe vor dem Palast Necessidades vor Anker gehen und dort auf englische Kosten eine Art Sicherheitswache bilden.

## Italien.

**Rom, 19. August.** Zu allen Stunden des Tages kann man auf unseren Wüsten, von altrömischen Ruinen umgrenzten Plätzen, besonders in der Nähe der Thermes Diocletian's, Hunderte von Gruppen angehender Soldaten von ernsten Könnern im Ueberrothe in der Handhabung der Waffen unterrichten sehen; es sollen zur Vertheidigung des Kirchenstaates außer den früher von der Kammer defectirten Truppen nun noch 25,000 Mann angeworben werden. Außer der Furcht vor den Oesterreichern ist dieses neue Bewaffnungs-Decorat vorzüglich durch folgendes merkwürdige Ereigniß veranlaßt. Unter den Truppen der zwei im Solde stehenden Schweizer-Regimenter waren in vergangener Woche zu Rimini, in La Catolic und anderen Orten Mißhelligkeiten vorgekommen, welche eben so viele Symptome einer drohenden Auflösung der Disciplin zu sein pflegen. Da trafen vorgestern und gestern aus den Legationen zwei Staffetten auf dem Quirkal mit der Nachricht ein, mehrere Compagnien der fremden Soldatruppen seien desertirt; doch haben 300 aus Commacchio zu ihrer Auffuchung ausgefendeten Füsiliers in Valle Trappa ein Corps von 48 und in Codigoro einen Haufen von 90 herumstreifenden Schweizern mit Hülfe zweier Feldstücke gefangen genommen und wieder eingebracht. Ein anderer Haufe von 120 Flüchtlingen ging hinter Ferrara zu den Oesterreichern über. Amtliche römische Nachrichten sagen, sie hätten vor ihrer Flucht die Kassen verschiedener Gemeindefeststätten beraubt. Nichts Gewisses über den Grund solcher plötzlichen Sinnesänderung der Schweizertruppen, die sich bei Vicenza nach Radetzky's eigenem Geständniß darauf hin, durch Anwerbung möglichst vieler Inländer die Hülfe jener zwei Fremden-Regimenter ganz überflüssig zu machen.

(A. 3.)

**Aus Oberitalien, 20. August.** Endlich, nach so langer Aufregung, nach einer beispiellosen Verwirrung und Zuchtlosigkeit, ist auch bei uns wieder ein Zustand der Ruhe und Ordnung zurückgekehrt. Die Oesterreicher benehmen sich in jeder Hinsicht vortreflich; ihre Mannszucht und

Mäßigung wird selbst von den Italienern bewundert, die nach ihrer Denkungsweise nicht recht begreifen können, daß Jemand, der die Macht in Händen hat, erlittene Unbilden ungeahndet läßt. Es ist bis jetzt Niemand wegen seines früheren politischen Verhaltens verfolgt worden, und die Wenigen, welche der Marschall nach seinem Einzuge in Mailand verhaften ließ, waren Solche, die sich bei der Plünderung der Paläste früherer Regierungsmitglieder betheilig hatten. Auf dem Lande hat die Ankunft der Oesterreicher unter der Bevölkerung überall die größte Freude erregt. Man betrachtet sie dort als die Befreier von einem nachgerade unerträglich gewordenen Joch. Die fortwährenden Erpressungen an Geld und Mannschaft hatten überall Unzufriedenheit und Erbitterung erzeugt. Diese waren aber auf's höchste gestiegen, als das Zwangsanziehen von 14 Mill. Lire und eine neue Aushebung von 50,000 Mann ausgeschrieben wurde, als man das Stiftungsvermögen plünderte und alle werthvollen Kirchengeräthe nach Mailand schleppte, um sie dort einzuschmelzen. Man hatte schon früher offen behauptet, und es wird jetzt mit der größten Bestimmtheit wiederholt, daß von den großen Summen, welche zur Führung des Krieges aufgebracht wurden, ein guter Theil in die Taschen der Verwaltungsherren geflossen sei. Die vorgefundenen Rechnungen sollen dafür die sprechendsten Beweise enthalten. Von den Geflüchteten ist in den letzten Tagen eine große Anzahl nach Mailand zurückgekehrt; die meisten Uebrigen werden folgen, wenn sie sehen, daß sie für ihr Leben und ihre Sicherheit nichts zu befürchten haben. Die republikanisch Gesinnten, Mazzini an der Spitze, haben sich größtentheils nach Genua gezogen, wo es fortwährend sehr stürmisch zugeht. Das Projekt einer ligurischen Republik spukt dort in den Köpfen, und nur dem Widerwillen des Bürgerstandes hat man es zu verdrängen, daß es noch nicht zur Ausführung gekommen ist. (Krlsr. 3.)

### Großbritannien.

**London, 27. August.** In Irland scheint man die alte Repeal-Agitation von vorn anfangen zu wollen. In einer Privatversammlung des Comitee der Repealassociation, die vor einigen Tagen unter John D'Connell's Vorsitz in der Versöhnungshalle gehalten wurde, beschloß man nach langer Debatte, sich vor der Hand während der Dauer der Hochverrathsprozesse still zu halten und im November die alte Repealbewegung wieder in Gang zu bringen. Der Verein protestantischer Grundbesitzer, welcher das Parlament zu bestimmten Zeiten in Dublin abgehalten wissen will, hat ein vom Lord R. Fitzgerald unterschriebenes Circular erlassen, nach welchem die Bemühungen der Gesellschaft einzig und allein auf das eine Ziel gelenkt sind, den Vortheil periodischer Sitzungen des allgemeinen Parlaments in Irland zu erreichen.

Leider hat der Brand des Packetschiffes „Ocean Monarch“ einer Menge Menschen das Leben gekostet. Die Liverpooler Blätter geben ein schauerhaftes Bild dieser Schreckensscenen. Das Schiff war kaum einige Meilen weit gefegelt, als das Feuer ausbrach. Vergebens war das Bemühen, dem Feuer Einhalt zu thun. Ein ziemlich heftiger Wind freigerte noch die Wuth des Elementes. Rasch wälzte sich die Flamme fort, ergriff das Sparrenwerk und Masten, und einströmendes Balken- und Mastenwerk zerschmetterte gegen 100 Passagiere. Unmöglich ist es, ein Bild jener Schauerseenen zu entwerfen. Das Schiff hatte die Nothflagge aufgesteckt, und suchte der Küste zuzusteuern, allein zu spät. Die Yacht Queen of the Ocean und die brasilianische Dampffregatte Alfonso sandten eilig Hülfe, und retteten mit ihren Booten 200 Passagiere. Gegen 170 aber fanden ihren Tod entweder zerschmettert oder in den Feuer- und Wasserwogen. Viele Frauen sprangen mit ihren Kindern im Arme in die Fluthen, nur um dem Feuer zu entinnen, wenige von ihnen wurden aufgefischt. Die Mannschaft der brasilianischen Dampffregatte und der Yacht benahm sich musterhaft. Am Bord der Dampffregatte, welche eine Luftfahrt machte, befand sich der Prinz Joiville, der Herzog Numale mit ihren Gemahlinen, Admiral Grenfell, und andere hochstehende Personen. Prinz Joiville zeichnete sich besonders aus, die unglücklichen Passagiere zu retten. Der Brand war so heftig, daß man selbst in den Rettungsbooten es kaum mehr aushalten konnte. Das Benehmen des Admirals Grenfell, des Kapitäns Lisboa ist ebenfalls sehr rühmlichwerth. Ein Matrose Friedrich Jervin rettete mit Lebensgefahr die letzten Opfer des Schiffbruchs, indem er ihnen Tausch zu warf, um sich in die Boote herabzulassen. Das Unglück scheint daher entstanden, daß ein unerfahrener Passagier in einem Ventilator des Hintertheils ein Feuer angezündet hatte. Nach Anderen soll es aber durch das Rauchen der Hinterdeckpassagiere entstanden sein. In fünf Minuten stand das ganze Hintertheil des Schiffes in Flammen. Die Times läßt sich in harten Worten gegen den Orion und die Cambria aus, welche unweit davon vorbeigefahren, und nicht zu Hülfe eilten, weil die Dampffregatte in der Nähe lag. Sie meint, mehr Menschen wären gerettet worden, wenn diese Schiffe nicht säumig gewesen wären, ihre Menschspflicht zu erfüllen.

Auf direktem Wege erhalten wir die Bombay-Berichte der neuesten Ueberlandspost, welche bis zum 20. Juli reichen. Sie bestätigen die Ueberlage der Multanesen durch die Truppen des Lieutenants Edwardes. Der Dewan Muhlratsh hatte sich darauf erboten, sich gegen Verbürgung seiner persönlichen Sicherheit zu ergeben, es war aber seine unbedingte Unterwerfung verlangt worden. Die Multanesen griffen darauf am 1. Juli mit 18,000 Mann bei Sabuhsam den Lieutenant Edwardes und den Oberst Cortlandt, der sich mit ihm vereinigt hatte, von Neuem an und wurden nach sechsstündigem Kampfe von Neuem geschlagen. Der Muhlratsh ist entkommen, die Engländer standen bei Abgang der letzten Berichte unter den Mauern von Multan. — Im Uebrigen sind die ostindischen Berichte ohne besondere Bedeutung.

### Miscellen.

In einer Oberhessischen Stadt wurde ein heurlaubrer Soldat zum vierten Infanterie-Regiment, das nach Holstein marschiren sollte, einbeordert. Seine Mutter sagte in ihrem Schmerze: daran ist niemand Schuld, als die Mäßiger, die da singen:

„O nein, o nein,  
Sein Vaterland muß größer sein!“

Die mögen fortziehen und das Vaterland größer machen. Es liegt in diesem Wort der unwilligen Mutter freilich eine bittere Wahrheit. An Sang und Klang fehlt es nicht, aber gar oft an der stillen besonnenen That.

### Getreide-Bericht.

Stettin, 1. September.

Weizen in loco 67—68½ Thlr. bez.; 64 Thlr. auf hier schwimmend bezahlt.

Roggen, Nachfrage bedeutend, in loco 32—32½ Thlr. bez.; pr. Sept.—Okt. 31½—32½ Thlr., pr. Frühjahr 18:9 33 Thlr. bezahlt.  
Gerste, auf 30 Thlr. gehalten, 29—30 Thlr. bezahlt.  
Rappe, auf 72 Thlr. gehalten.  
Rüßel, in loco 10½ Thlr. und pr. Sep.—Okt. desgl.; pr. Nov.—Dez. 10½ Thlr. bezahlt.  
Spiritus, in loco 19½—20½ % mit Faß bez.; pr. Sept.—Okt. 20½ % mit Faß; pr. Oktober 20 % mit Faß bezahlt.  
Zink, Schlef., auf 4½ Thlr. gehalten.

Berlin, 1. September.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 60—65 Thlr.

Roggen, in loco 30—32½ Thlr., 82Pfd. pr. Sept.—Okt. 32 Thlr., Okt.—Nov. 33½ Thlr. bez.  
Gerste, große, in loco 26 Thlr.  
Hafer, in loco nach Qualität 16—17 Thlr.  
Rüßel, in loco 11—10½ Thlr., Sept.—Okt. 11 Thlr., 10½—10¾ bez., Okt.—Nov. 11½ Thlr., 11 bez. u. G., Nov.—Dez. 11½—11¼ Thlr.  
Loinöl, in loco 9½ Thlr., Lieferung 9¾.  
Spiritus, in loco 20—20½ Thlr. bez., Sept.—Okt. 19—19½ Thlr. bez., Okt.—Nov. 18½ Thlr. G.

### Berliner Börse vom 32. August.

#### Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zinsfuß.	Brief	Geld	Gem.	Zinsfuß.	Brief	Geld	Gem.
St. Schuld-Sch.	3½	75	74½		Kur.-&Nm-Pfbr.	3½	90¼	90¼
Seeh. Präm.-Sch.	—	88½	—		Schles. do.	3½	—	—
K. & Nm. Schlvd.	3½	—	71¾		do. Lt. B. gar. do.	3½	—	—
Berl. Stadt.-Obl.	3½	—	—		Pr. Bk.-Anth.-Sch.	—	—	87¼ a87¼
Westpr. Pfbr.	3½	88¼	79¾					
Grosh. Posen do.	4	—	96½		Friedrichsd'or.	—	13½	13½
do. do.	3½	79¼	—		Aut. Gldm. a 5 tlr.	—	12½	12½
Ostpr. Pfandbr.	3½	—	85¾		Disconto	—	3½	4½
Pomm. do.	3½	90¾	—					

#### Ausländische Fonds.

Russ Hamb. Cert.	5	—	—		Poln. neue Pfbr.	4	—	90
do. b. Hope 3 4 s.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	67	66½
do. do. 1. Anl.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	—	—	93
do. Stiegl. 2 4 A.	4	—	81¼	81¼	Hamb. Feuer-Cas	3½	—	—
do. do. 5 A.	4	—	—		do. Staats-Pr. Anl.	—	—	—
do. v. Rthsch. Lst.	5	—	100½		Holl. 2½ ojo Int.	2½	—	—
do. Poln. Schatz 0	4	67	66¼		Kurh. Pr. O. 40 th.	—	—	—
do. do. Cert. L. A.	5	78¼	77¾		Sard. do. 36 Fr.	—	—	—
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	12½		N. Bad. do. 35 Fl.	—	—	—
Pol. Pfbr. a. a. C.	4	—	90					

#### Eisenbahn-Actien.

Stamm Actien.	Zinsfuß	Reinertr 4%	Tages-Cours.	Priorit.-Actien	Zinsfuß.	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B	4 7/8		89¼ bz. u. G.	Berl.-Anhalt . . .	4	83 G.
do. Hamburg	4 2/3		69 B.	do. Hamburg . . .	4 1/2	89¼ B.
do. Stettin-Stargard	4		6 90 bz. u. G.	do. Potsd.-Magd.	4	78¼ bz.
do. Potsd.-Magdebg.	4		57¼ bz.	do. do.	4	87¼ G.
Magd.-Halberstadt	4		7 104 B.	Magdb.-Leipzig	4	—
do. Leipziger	4		15 —	Halle-Thüringer	4 1/2	83¼ bz.
Halle-Thüringer	4		54¼ bz.	Cöln-Minden	4 1/2	90 G.
Cöln-Minden	3 1/2		77¼ bz.	Rhein. v. Staat gar.	3 1/2	—
do. Aachen	4		56 bz. u. G.	do. I. Priorität.	4	75¼ G.
Bona-Cöln	4		—	do. Stamm-Prior.	4	70 G.
Düsseld.-Elberfeld	4 1/2		70 G.	Düsseld.-Elberfeld	4	—
Steele-Vohwinkel	4		35 B.	Niedersch.-Märkisch.	4	82 bz.
Niedersch. Märkisch.	3 1/2		71 bz. u. B.	do. do.	4	94 bz.
do. Zweigbahn	4		—	do. III. Serie.	4	90 B.
Oberschles. Lit. A.	3 1/2		6 92¼ B.	do. Zweigbahn	4 1/2	70¼ G.
do. Lit. B.	3 1/2		6 92¼ B.	do. do.	4	57¼ bz.
Cosel-Oderberg	4		—	Oberschlesische	4	—
Breslau-Freiburg	4		5 —	Cosel-Oderberg	5	—
Krakau-Obereschles.	4		45 B.	Steele-Vohwinkel	5	77 G.
Bergisch-Märkische	4		58 G.	Breslau-Freiburg	4	—
Stargard-Posen	4		69 B 68¼ bz. u. G.			
Brieg-Neisse	4		60 —	<b>Ausl. Stamm-Actien.</b>		
<b>Quittungs-Bogen.</b>				Dresden-Görlitz	4	—
Berlin-Anhalt Lit. B.	4		90 86¼ bz. u. G.	Leipzig-Dresden	4	—
Magdeh.-Wittenberg	4		60 —	Chemnitz-Risa	4	—
Aachen-Mastricht	4		30 —	Sächsisch-Bayerische	4	—
Thür. Verb.-Bah.	4		20 —	Kiel-Altona	4	91 B.
<b>Ausl. Quittgs.-Bogen.</b>				Amsterdam - Rotterdam	4	—
Ludw.-Bexbach 24 Fl.	4		90 —	Mecklenburger	4	35 bz.
Pesther 26 Fl.	4		80 —			
Fried.-Wilh.-Nordb.	4		85 44¼ a 44 bz. u. G.			

#### Barometer- und Thermometerstand

bei C. F. Schulz & Comp.

Monat Sept.	Tag	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt.	1	337,86'''	336,98'''	336,95'''
Thermometer nach Réaumur.	1	+ 9,5°	+ 15,0°	+ 10,5°

Beilage.

Deutschland.

Frankfurt, 28. August. (67. Sitzung der deutschen Nationalversammlung.) Die Sitzung wird durch den Präsidenten von Gagern eröffnet. Mehrere, seit dem letzten Beschlusse der Nationalversammlung bezüglich des künftigen Krieges weiter eingegangene, die Entschädigung für erlittene Verluste betreffenden Eingaben werden, wie nach jenem Beschlusse die früheren beschaffigen Eingaben, der Centralgewalt zugewiesen. Von dem Ausschuss für Bildung der Centralgewalt wird die Vollendung eines Berichtes, die Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten von Auerswald betreffend, angezeigt. Der einstimmig beschlossene Ausschusshantrag schlägt vor: in Betracht, daß die Befugnis der Nationalversammlung, das Verfassungswerk für Deutschland selbstständig zu vollenden, feststeht; desgleichen hiernach die Befugnis, die Reichsbehörden zu gründen; in Erwartung, daß die einzelnen Regierungen den in die Kompetenz der Nationalversammlung fallenden Beschlüssen Folge geben werden, und daß die Versammlung erforderlichen Falls die entsprechenden Maßregeln zu ergreifen wissen wird; in Erwägung endlich, daß jene Erklärung nicht geeignet erscheint, Gegenstand eines Beschlusses zu werden, zur monatlichen Tagesordnung überzugehen. Stenzel beantwortet Namens des völkerrechtlichen Ausschusses eine neuliche Interpellation Neh's dahin, daß der Ausschuss die polnische Angelegenheit, soweit die betreffenden Eingaben ihm zugewiesen waren, für erledigt hält. Kerst zeigt Namens des Marineauschusses an, daß die hier vorliegenden Beiträge zum Flottenbau (circa 53,000 Fl.) dem Reichsministerium als besonderer Fonds übergeben seien. Der Berichterstatter hebt hervor, daß die Beiträge vorzüglich von den weniger bemittelten Klassen und von den deutschen Frauen und Jungfrauen herrühren. (Beifall.) Es wird hierauf zur Tagesordnung der Discussion über §. 13 des Entwurfs der Grundrechte geschritten. (Durch das religiöse Bekenntnis wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Den religiösen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun.) Kanger von Württemberg erklärte sich für den Antrag des Verfassungsausschusses. Martens von Danzig entwickelt einen Zusatzantrag; wegen der Befreiung vom Kriegsdienste aus Rücksichten des religiösen Glaubensbekenntnisses wird das über die Wehrverpflichtung zu erlassende Gesetz die näheren Bestimmungen enthalten. Der Redner hebt hervor, daß die in Deutschland wohnenden Mennoniten, allgemein als fleißige, tüchtige Bürger anerkannt, Berücksichtigung verdienen, welche bei der geringen Zahl der Beteiligten (mit Weib und Kind höchstens 15,000) für das Heerwesen ohnehin nicht von Einfluß sein werde. Adams verlangt in Vertretung eines Verbesserungsvorschlags von Bachhaus eine, in einem eigenen Paragraphen zu bringende Bestimmung wegen Aufhebung der bisherigen, auf das religiöse Bekenntnis Bezug habenden Ausnahmsgesetze, so wie Erlass des Eides durch eine feierliche Erklärung. Vaih verlangt gleichfalls Aufhebung der Ausnahmsbestimmungen. v. Beckerath erachtet den Fortbestand der seitherigen Ausnahmsbestimmungen zu Gunsten der Mennoniten nicht für notwendig, im Gegenteil für nicht mehr haltbar, als im Widerspruch stehend mit dem Geiste des Verfassungswerkes. (Beifall.) Vereist leistet der größte Theil der Mennoniten in der Rheinprovinz Kriegsdienst; die abweichende Ansicht einiger mag aber nicht in den Grundrechten Berücksichtigung finden. Moriz Mohl erklärt sich, gegen sofortige Aufhebung der das Civilrecht betreffenden Ausnahmsbestimmungen gegen die Israeliten. Die Neigung derselben ist vorzüglich auf den Handel gerichtet, zum großen Nachtheile, besonders der Landbevölkerung, welche durch die Juden förmlich ausgeaugt wird. Fragen sie Richter, Gemeindebeamten und Advocaten! Wenn der Jude nur den Fuß in das Haus des Bauern gesetzt hat, ist der Bauer verloren. Die Verhältnisse von England und Frankreich, auf die man immer hinweist, sind verschieden von denen in Deutschland. In Frankreich waren 1789 50,000 Juden; in Bayern allein sind 60,000. Auch in Frankreich hat man die Nachtheile der Gleichstellung kennen lernen. Im Jahr 1789 wurde sie ausgesprochen; Napoleon hat sich veranlaßt gesehen, ein sehr strenges Ausnahmsgesetz zu erlassen. Dagegen soll den Juden das aktive und passive Wahlrecht in den Grundrechten gesichert werden. Nießer von Hamburg: Wie neulich ein Abgeordneter für bevorzugte Standesgenossen, nehme ich das Recht der Vertbeidigung in Anspruch für Unterdrückte, denen ich durch die Geburt, und — abgesehen von persönlicher Ueberzeugung, die nicht hierher gehört, — durch die Ehre angehöre, die mir verbot, durch Religionswechsel schöne versagte politische Rechte zu erwerben. Die National-Versammlung hat den fremden Nationalitäten in Deutschland völlige Gleichstellung versprochen; soll es uns, die wir in Deutschland aufgehen wollen, zum Unglück gereichen, daß wir deutsch sprechen. (Zuruf: Nein!) Die Stammesverschiedenheit, auf die hingewiesen worden ist, wird aufhören, wenn die Hindernisse der gemischten Ehen wegfallen. Man hat in Württemberg den Güterhandel durch Juden verboten; die Verhandlungen in der württembergischen Kammer von 1836 haben gezeigt, daß der Güterhandel durch Christen, den bei ihren Nationen gleiche Vorurtheile nicht entgegenstanden, seitdem noch rückfichtloser betrieben wurde. Ostrerath erklärt sich gegen das in Verbesserungsvorschlägen gestellte Verlangen, daß die Religionsgesellschaften ihr Glaubensbekenntnis dem Staate zur Einsicht oder Bestätigung vorlegen sollen. Damit würde man auf den alten Polizeistaat zurückkommen. von Linde macht darauf aufmerksam, daß das Civilrecht ohnehin in Folge der Grundrechte einer durchgreifenden Revision bedürfen wird. Diese ist übrigens der Gesetzgebung der einzelnen Staaten zu überlassen. Rheinwald von Bern beantragt eine Bestimmung, daß die Orden der Jesuiten, Liguorianer, Redemptoristen etc. ausgeschloffen bleiben sollen. Der Redner entwickelt, daß Deutschland, wenigstens bis die Grundrechte und die dadurch gegebenen Freiheiten in Blut und Leben des Volkes übergegangen seien, den größten Gefahren durch den auf das Systematische organisirten Jesuitenorden und die im verwandten Orden ausgeübt sein würde. Der Redner verweist auf das Beispiel der Schweiz, zumal im Jahre 1844. Der Staat kann einen Verein nicht dulden, der seinen Prinzipien mit allen Mitteln, deren Wahl nur durch den Zweck bestimmt wird, geradezu entgegenarbeitet. Man kann nicht einwenden, daß die Nichtzulassung des Jesuitenordens die katholische Kirche beeinträchtigen würde. Er ist ja kein integrierender Theil derselben; sonst hätte ihn Clemens XIV. nicht aufheben

können. Heichen sperger beantragt Verschiebung der Discussion über diesen, von dem Vorredner zuerst berührten Gegenstand bis zur Discussion über Art. VI. der Grundrechte (der Bestimmungen über das Vereinigungsrecht), wozu derselbe gehöre. Die Versammlung tritt diesem Vorschlage bei, und beschließt gleich darauf den bereits mehrfach begehrten Schluß der Discussion über §. 13. Bessler nimmt das Wort als Berichterstatter des Verfassungsausschusses, um sich gegen sämtliche Verbesserungs- und Zusatzanträge zu den Paragraphen 11 bis 13 auszusprechen, und Annahme des Entwurfs des Verfassungsausschusses zu empfehlen. Es wird hierauf vom Präsidenten bezüglich der noch nicht hinreichend unterstützten Anträge die Frage nach Unterstützung gestellt, und sodann zur Abstimmung geschritten. Bezüglich §. 11 werden die Verbesserungsanträge von Schmidt und Rotschy verworfen, der Ausschusshantrag (jeder Deutsche hat volle Gewissens- und Glaubensfreiheit), sowie ein Zusatzantrag von Platner (Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren, oder sich irgend einer religiösen Genossenschaft anzuschließen), ersterer einstimmig, angenommen. Ein weiterer Zusatzantrag von Platner (Niemand darf seiner religiösen Ueberzeugung wegen benachtheiligt oder zur Verantwortung gezogen werden) wurde nach dem Ergebnisse der Abzählung mit 217 gegen 199 Stimmen verworfen. In Folge eines Beschlusses hatte der Präsident zuerst die Annahme (mit dem gleichen Stimmenverhältnisse) unter lautem Beifall der Linken und des linken Centrums proklamirt. Auf die Verkündigung des wirklichen Resultates folgten gleiche Zeichen von der andern Seite. Bei §. 13 wird der Ausschusshantrag (jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Uebung seiner Religion. Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen) angenommen. Bei der Abstimmung über §. 13 wird gleichfalls der Ausschusshantrag angenommen. (Durch das religiöse Bekenntnis wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun.) Die Zusatzanträge von Bachhaus (Alle auf ein religiöses Bekenntnis gegründeten Ausnahmsgesetze sind aufgehoben), sowie von Martens (siehe oben) werden verworfen. Mehrere Abgeordnete für Tyrol übergeben eine Erklärung zu Protokoll, daß sie dem Gesetze über Cultusfreiheit in der Voraussetzung ihre Zustimmung gegeben haben, daß bei der Ausführung auf die eigenthümlichen Verhältnisse Tyrols werde Rücksicht genommen werden. — Schluß der Sitzung 3 1/2 Uhr; — Tagesordnung der morgentlichen Sitzung die Fortsetzung über Art. III. (S. 14) der Grundrechte.

Rußland und Polen.

Warschau, 22. August. Die hiesigen Schneibergeßellen Joh. Marschall, Const. Kalinowski, Casim. Bazyłski und Fel. Jankowski sind vom Kriegsgericht für schuldig befunden worden, daß sie sich im Monat März d. J. über die damaligen politischen Ereignisse in Frankreich und Deutschland unterhalten, und daß sie dabei den Vorsatz gefaßt haben, einen Aufstand in Warschau vorzubereiten. Zu diesem Zwecke machten sie Bekanntschaft mit einigen Soldaten, die jedoch die Behörde davon in Kenntniß setzten. Für dieses Vergehen hat der königl. Statthalter nach Bestätigung des Urtheils des Kriegsgerichtes unterm 7. d. v. verordnet: den Marschall, Kalinowski, Bazyłski und Jankowski aller Staatsrechte für verlustig zu erklären und Speerhuthen laufen zu lassen, und zwar den Marschall durch 500 Mann zweimal, die übrigen drei ebenfalls durch 500 Mann einmal, ferner alle vier auf 10 Jahre nach Sibirien zu schweren Festungsarbeiten zu schicken. Dieses Urtheil wurde am heutigen Tage, um 8 Uhr Morgens, auf dem hiesigen Exercierplatze vollzogen.

Aufruf!

Die unionsfeindlichen Bestrebungen der in der Conferenz zu Naugardt zusammengetretenen Geistlichen machen es dringend nöthig, daß die aufrichtigen Freunde kirchlicher Union sich fester mit einander verbinden, um sich über die Maßregeln zu verständigen, welche zur Abwehr kirchlicher Spaltungen und Störungen des Gemeinlebens zu ergreifen sind. Wir Unterzeichnete laden zu diesem Zwecke alle aufrichtigen Freunde der Union in Pommern und den Nachbarprovinzen zu einer Conferenz nach Stargardt in Pommern ein, die am Mittwoch den 27ten September d. J., Morgens halb 9 Uhr, im Müllerschen Saale veranfaßt werden soll. Da wir fest überzeugt sind, daß eine heilsame Gestaltung der kirchlichen Verhältnisse nur durch treue Mitwirkung der Gemeinden befördert werden kann, so ergibt diese Einladung nicht nur an die Geistlichen, sondern auch ganz besonders an die Nichtgeistlichen. Stargardt, den 30ten August 1848.

Die Pastoren: Dannhauer in Stramehl. Fischer in Sudow a. J. Düttner in Freienwalde in Pomm. Kohnst in Sallentin. Dr. Romberg in Wendisch-Lychow. Schmidt in Anhausen. Stosch in Cremmin.

Mit Bezugnahme auf unsere in No. 168 dieser Zeitung abgedruckte Anzeige vom 25ten d. M. machen wir hierdurch bekannt, daß die zum 13ten d. M. nach Frankfurt a. D. zusammenberufene Versammlung des Vereins für König und Vaterland im Sitzungssaale der Stadtverordneten abgehalten werden und der mitunterzeichnete Vorstand sich vom 12ten um 10 Uhr ab im Gasthose zum goldenen Adler der Aufnahme neuer Mitglieder und der Ausstellung von Legitimations-Karten unterziehen wird. Berlin, den 28ten August 1848.

Der Vorstand des Vereins für König und Vaterland.

Billets à 10 sgr., für Herren, zur gemeinschaftlichen Wasserfahrt mit den Poener Gäßen nach dem Zulo am 3ten September, 11 1/2 Uhr, sind entgegenzunehmen bei Fleischermeister Schulz, Kaufm. Theune, Kaufm. Rubberg, Konf. Koch, Knopfmacher Eisert und Geh.-Rath Masche.

Literarische und Kunst-Anzeigen.

Bei Ewald Gengensohn in Stettin ist erschienen und zu haben, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen: Der Entwurf einer allgemeinen

Handwerker- und Gewerbe-Ordnung für Deutschland.

Verfaßt und beschlossen von dem deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congress zu Frankfurt a. M. in den Monaten Juli und August 1848. Preis 5 sgr.

